

Altenpflege unter Palmen

Das von zwei Baselbietern geplante Demenzzentrum in Thailand stösst auf Kritik

Von Dina Sambar

Liestal/Basel. Sonne, Palmen, Pool, Spa, Restaurant, Beautysalon, riesige Parkanlage – in Thailand entsteht zurzeit für acht Millionen Franken ein Schweizer Resort. Allerdings ist die Anlage nicht für Touristen gedacht, sondern für rund 48 Schweizer Demenzzentren und ihre Lebenspartner. Diese erhalten dort ab Februar 2014 eine persönliche 24-Stunden-Rundumbetreuung – zu einem für Schweizer Verhältnisse unschlagbaren Preis. Offenbar haben bereits erste Kantone und Gemeinden Interesse signalisiert.

Hinter dem Projekt Vivo bene stehen der Wahl-Therapeut und Pädagoge Bernhard Rutz und der Liestaler Vermögensverwalter Roger Holzer. Beide zeichnen bereits für andere, heute etablierte Projekte verantwortlich: Rutz hat den Fahrradverleih an den Schweizer Bahnhöfen aufgezogen und den UBS Key Club entwickelt, Holzer ist Gründungsmitglied der Brauerei Farnsburg.

Fürsorglicher Umgang

Bernhard Rutz arbeitet bereits seit sechs Jahren an dem Demenzprojekt. Als Fachberater fungieren ausgewiesene Demenzexperten, wie die ehemalige Gründerin der Memory Clinic in Basel. «Man weiss, dass der gesunde Partner in der Regel nach sechs Jahren Pflege so ausgelaugt ist, dass er kranker wird als der kranke Partner. Bei uns können Ehepaare zusammenbleiben, ohne dass dies geschieht», so Rutz. Der 68-Jährige reist selber seit 35 Jahren nach Thailand und schwärmt vom fürsorglichen und

respektvollen Umgang der Thailänder mit alten Menschen. Doch das geplante Thailänder Demenzzentrum, über das in verschiedenen Medien berichtet wurde, polarisiert.

Hauptgrund für die Kritik ist, dass der tiefe Preis dazu animieren könnte, Demenzzentren abzuschleppen. Wohnen, Essen, Pflege, Betreuung und Aktivitäten kosten im Vivo bene 5800 Franken im Monat, egal, wie intensiv die demente Person gepflegt werden muss. Der gesunde Partner bezahlt 1500 Franken. Zum Vergleich ein zufällig ausgewähltes Kostenbeispiel aus dem Baselbiet: Bei der höchsten Pflegestufe kostet ein Aufenthalt rund 13000 Franken. 3200 Franken davon übernimmt die Krankenkasse, 2200 Franken die Gemeinde. Den Rest muss die betroffene Person bezahlen, falls sie es vermag. Sonst muss die Gemeinde einspringen. Bei der Thailand-Alternative könnten Kantone, Gemeinden oder Angehörige unter Umständen viel Geld sparen.

Projektleiter Bernhard Rutz will dies gar nicht abstreiten. Jedoch gehe es keinesfalls darum, Demente nach Thailand abzuschleppen: «Wir wollen nur Leute, die gerne dorthin kommen. Am liebsten Ehepaare. Dann ist es für alle eine Win-win-Situation.»

SP-Landrätin Pia Fankhauser, die in der landrätlichen Gesundheitskommission sitzt, findet es trotzdem unethisch, wenn Gemeinden oder Kantone an einem solchen Modell Interesse zeigen. Natürlich sei es völlig in Ordnung, wenn jemand aus eigenem Antrieb nach Thailand wolle. Doch was, wenn der von Demenz Betroffene nicht mehr urteilsfähig

ist? «Irgendwann kommt immer die Kostenfrage. Wer entscheidet dann, ob Thailand eine Option ist? Und vor allem: Wer entscheidet, wenn es keine Angehörigen mehr gibt? Etwa die Gemeinde?»

Philipp Waibel, Leiter der Gesundheitsdienste Basel-Stadt, bestätigt, dass es erste Kontakte mit den Initianten des Projektes gegeben hat. «Wir stehen dem Projekt neutral gegenüber. Am Schluss wird es um die Frage gehen, wie wir es handhaben, wenn jemand freiwillig nach Thailand will.» Unfreiwillig könne man sowieso niemanden ins Ausland schicken: «Zum heutigen Zeitpunkt gibt es kein Gesetz, das Kantonen oder Gemeinden dieses Recht zugesteht», so Waibel.

Remo Gysin, Co-Präsident der Grauen Panther Nordwestschweiz, kann der Thailand-Idee nicht viel abgewinnen: «Man bekommt im Ausland alles billiger. Doch unsere Hochbetagten haben ein Recht darauf, dass wir unsere Altersprobleme hier lösen.» Ein weiterer Kritikpunkt, der häufig genannt wird,

ist die Entwurzelung der Patienten. «Demenzranke Menschen brauchen Stabilität. Es ist wichtig, dass ihre Bedürfnisse und ihre Sprache verstanden werden. Das alles ist in Thailand infrage gestellt», sagt Pia Fankhauser.

Der Ort ist nicht so wichtig

«Klar wäre es ideal, wenn wir Vivo bene in Therwil oder Oberwil anbieten könnten. Doch das ist wegen der Personalkosten und dem Platz, den wir für unser Konzept benötigen, nicht möglich», sagt Rutz. Zudem würden auch in Schweizer Heimen die meisten Demenzzentren nicht mehr von Schweizern betreut. «Alzheimerpatienten leben in einer kleinen Welt. Es ist nicht so wichtig, wo das ist, wenn die Betreuung stimmt.»

Roger Holzer plant bereits Projekte für Suchtkranke und Burn-out-Patienten in Thailand. Dem Vorwurf der reinen Geldmacherei widerspricht er: «Natürlich wollen wir Geld verdienen. Doch wenn es nur darum ginge, gäbe es lukrativere Projekte.» Er ist überzeugt, dass er der Gesellschaft mit seiner Investition einen Dienst leistet. «Bei Vivo bene steht der Patient im Mittelpunkt. Es wird niemand um 18 Uhr mit einer Schlaftablette gefüttert, damit er die Nachtwache nicht stresst», so Holzer. In seiner Familie gebe es einige Alzheimerfälle. Sein Vater wolle jedoch, falls er dement würde, nicht nach Thailand: «Das respektiere ich. Ich selber würde aber sofort gehen.» Bernhard Rutz lebt bereits jetzt jeden zweiten Monat in Thailand. Sobald das Zentrum in Betrieb gehe, werde er seinen dementen Onkel und dessen Frau dorthin mitnehmen.

Experten befürchten Kostenexplosion

Yverdon-les-Bains. Laut der Schweizerischen Alzheimervereinigung könnten die durch Demenz verursachten Kosten bis ins Jahr 2050 regelrecht explodieren. Im Baselbiet leben zurzeit rund 4000 Menschen mit Demenz (BS: 3600). Laut Prognosen werden es 2050 dreimal mehr sein. Bereits 2009 hat die Demenzerkrankung im Baselbiet Kosten von 255 Millionen Franken verursacht (BS: 241 Millionen). dis



«Wir wollen Leute, die gerne kommen.» In Chiang Mai, im Norden Thailands, entsteht ein Demenzresort mit sechs Bungalows zu zwölf Zimmern (Visualisierung).

Bürgerliche setzen auf bewährtes Rezept

Spendenbrief soll vor der Regierungswahl wieder einige Zehntausend Franken einbringen

Von Daniel Ballmer

Liestal. Die Wahl von SVP-Mann Thomas Weber in die Baselbieter Regierung ist nicht ohne Folgen geblieben. Bei den bürgerlichen Parteien hat sie das Selbstbewusstsein sichtlich gesteigert. «Nun geht es darum, den Schwung aus diesem Wahlerfolg mitzunehmen», schreibt das überparteiliche Komitee «Für eine bürgerliche Regierung» in einem Spendenbrief zur Unterstützung von CVP-Kandidat Anton Lauber. Dieser tritt am 9. Juni gegen EVP-Kandidat Thomi Jourdan um die Nachfolge des verstorbenen CVP-Regierungsrats Peter Zwick an. Unterzeichnet ist der Spendenbrief von den Präsidi von CVP, FDP, SVP und BDP.

Auch dieser Wahlkampf werde für das Komitee eine Herausforderung. Und es sei auf jede Unterstützung angewiesen. Das Komitee unterbreitet in dem Schreiben mit beigelegtem Einzahlungsschein auch gleich einen Spendenvorschlag: 200 Franken. Natürlich

aber seien auch höhere oder tiefere Beiträge willkommen, wird noch in Klammern beigefügt. Gebeten wird zudem um eine «möglichst umgehende» Einzahlung, «damit wir wissen, welchen Betrag wir für diesen wichtigen Wahlkampf in diesem Jahr zugunsten unserer bürgerlichen Kandidatur einsetzen können». Die tatkräftige Unterstützung sei auch im eigenen Sinne, wird den Angesprochenen mitgeteilt. Eine Erklärung dazu fehlt allerdings.

Koordiniert wird die Spendenaktion erneut vom Institut für Wirtschaftsförderung (IWF). Dieses kooperiert eng mit der Baselbieter Wirtschaftskammer und ist auch in deren Haus der Wirtschaft am Liestaler Altmarkt beheimatet. Das IWF führte schon bei der Regierungswahl zwischen SVP-Kandidat Weber und Eric Nussbaumer von der SP den Wahlkampf der bürgerlichen Parteien. Mit Erfolg: War Weber seinem Kontrahenten im ersten Wahlgang noch knapp unterlegen, konnte er ihn in der

zweiten und alles entscheidenden Runde am 21. April deutlich überflügeln und wurde in die Regierung gewählt.

Adressen aus Kaufkraftklasse 1

Am Wahlerfolg massgeblich beteiligt war die Wahlkampfmaschinerie der Wirtschaftskammer. Und diese hat nun auch zugunsten von Anton Lauber Fahrt aufgenommen. Das IWF habe im Auftrag des Komitees «einige Tausend Briefe» versendet, erklärt IWF-Projektleiter Michele Vono. Ziel sei es, den Wahlkampf zu finanzieren. «Wir rechnen fest damit, dass wir die Auslagen damit tatsächlich decken können.» Über die genaue Höhe der Auslagen, die Zahl der angeschriebenen Personen und die Adressdatenbank würden aber keine Auskünfte erteilt.

Zum Vergleich: Für den Spendenaufruf zugunsten von Thomas Weber hatten die Bürgerlichen bei der spezialisierten Direktmarketingfirma Schober 3000 Adressen der Kategorie Kaufkraftklasse 1 eingekauft. Damit sollten vor al-

lem Industrielle und Gewerbler erreicht werden. Gewarnt wurde damals vor einer Wahl Nussbaumer. Es gehe darum, eine rot-grüne Regierungsmehrheit und damit Steuererhöhungen im Baselbiet zu verhindern.

Schon 2007 suchte das überparteiliche Komitee «Für eine starke Regierung» Spenden, um «eine rote Baselbieter Regierung zu verhindern». Es war fast derselbe Slogan wie in diesem Frühling. Neben Eric Nussbaumer hat 2007 auch Parteikollegin Regula Meschberger kandidiert – erfolglos. Damals rechnete das bürgerliche Komitee mit 10 bis 15 Franken pro Brief. Auch in diesem Frühling lag der Spendenvorschlag bereits bei 200 Franken. Mit dem Versand dürften die Bürgerlichen erneut auf rund 4000 bis 50000 Franken hoffen. Das sei der Erfahrungswert des IWF, hiess es noch vor der ersten Ersatzwahl. Es spricht wenig dagegen, warum das überparteiliche Komitee mit dieser Taktik nicht nochmals Erfolg haben sollte.

Nachrichten

Einfamilienhaus geht in Flammen auf



Reinach. Grossen Sachschaden richtete in der Nacht auf gestern in Reinach ein Feuer an einem Einfamilienhaus an der Ziegelgasse an. Verletzt wurde laut Mitteilung der Polizei niemand. Die Bewohner des Hauses, ein Mann, eine Frau und ein Kleinkind, konnten sich vor dem Eintreffen der Rettungskräfte selbstständig ins Freie retten. Die Brandursache ist laut Polizei noch unklar und werde ermittelt. Auch über die Höhe des Schadens können noch keine Angaben gemacht werden.

Fleischschmuggel mit Metzgerei als Empfänger

Dorneck-Thierstein. Fleischschmuggel im grösseren Stil ist im Dorneck-Thierstein aufgefliegen. Rund 500 Kilo Fleisch mit einem Marktwert von 14000 Franken wurden in einem Personewagen von Deutschland in die Schweiz geschafft. Bei den Schmugglern handelte es sich laut Mitteilung der Zollverwaltung um zwei in Deutschland wohnende Italiener. Über den Empfänger und die Ortschaft, wo sich die Metzgerei befindet, macht die Grenzschutz keine Angaben. Entdeckt wurde der Schmuggel von einem Grenzwächter in Zivil, der beobachtete, wie die Ware ausgeladen wurde. Das Fleisch wurde ungekühlt transportiert und deshalb vernichtet.

Moos kritisiert Gegner der BLPK-Reform

Liestal. Der Binninger Landrat Urs-Peter Moos (Freie Wähler) verurteilt die Gemeinden, welche die Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse bekämpfen, aufs Schärfste. Die Gemeindeinitiative sei eine Zwängerei, das angedrohte Referendum gegen einen Landratsbeschluss ein weiterer Versuch dieser Gemeinden, sich der Verantwortung zu entziehen, schreibt Moos in einer Medienmitteilung. Die nun geforderte Teilkapitalisierung widerspreche der Position der Gemeinden in der Vernehmlassung zur BLPK-Reform, als man die Vollkapitalisierung noch grundsätzlich unterstützt habe.

SVP weibelt für BLT-Interessen

Regierung soll sich einschalten

Liestal. Der Zwist um den Abschnitt Margarethenstich der Tramlinie 17 beschäftigt nun auch die Baselbieter Regierung. Noch ist das Gleisstück zwischen dem Leimental und dem Basler Bahnhof SBB nicht erstellt, doch schon heute sind sich BVB und BLT uneinig über deren Betrieb, weshalb Verzögerungen drohen. In die Diskussion klinkt sich nun auch die Baselbieter SVP ein – und scheint sich dabei klar auf die Seite des Baselbieter Transportunternehmens zu stellen.

Immerhin sei allgemein bekannt, dass die BLT ihre Leistungen deutlich günstiger erbringen könne als die BVB, schreibt Landrat Hanspeter Weibel in einer Interpellation. In seinem Vorstoss fragt er die Baselbieter Regierung nach deren Haltung. Weibel weist dabei darauf hin, dass es für den Kanton Baselland nicht zuletzt aufgrund der Finanzlage wichtig sei, den ÖV kostengünstig einzukaufen. In der Vergangenheit aber habe Baselland Fahrleistungen der BVB teuer abgelenken müssen. Zudem seien die getätigten Investitionen der BLT zu sichern.

Weibel allerdings scheint zu befürchten, dass die BVB nun das Projekt Margarethenstich «zum Anlass nehmen, um Ansprüche auf Fahrleistungen der BLT zu stellen», namentlich auf den künftigen Betrieb der Tramlinie 17. dab